

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaftsförderung und Beschäftigung am 26.01.2010**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Häder (Ausschussvorsitzender / Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM) eröffnet die Sitzung.
Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Folgende Tagesordnung für den öffentlichen Teil wird einstimmig festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 24.11.2009
4. Vorberatung zum Haushalt 2010
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) bezüglich einer dauerhaften Präsenz der Stadtmarketing GmbH am Flughafen Leipzig-Halle
Vorlage: IV/2009/07949
 - 6.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wiedereinführung des kostenfreien WLAN-Zugangs auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2009/08340
 - 6.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Breitbandversorgung
Vorlage: V/2009/08341
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
 - 8.1. Bericht des Beigeordneten Herrn Neumann zur Reise nach China
 - 8.2. Mitteilung zum Dynamikranking im Rahmen des Bundesländerrankings 2009, hier: Erstplatzierung Sachsen-Anhalts
 - 8.3. Informationen zum Ergebnis der IWH-Studie "Von der Bezirks- zur Landeshauptstadt: Zum Einfluss der Zuordnung staatlicher Funktionen auf das ostdeutsche Städtesystem", hier: im Zusammenhang mit dem MZ-Artikel "Halle kann mit Magdeburg Schritt halten"
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom
24.11.2009**

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 24.11.2009 wird einstimmig genehmigt.

zu 4 Vorberatung zum Haushalt 2010

Herr Neumann (Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit) teilt mit, dass der Haushaltsplanentwurf ja bereits allen Mitgliedern des Stadtrates zugegangen sei. Die Beratung des Haushaltsplanentwurfes wird in der Februarsitzung stattfinden.

zu 5 Beschlussvorlagen

- keine -

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) bezüglich einer
dauerhaften Präsenz der Stadtmarketing GmbH am Flughafen
Leipzig-Halle
Vorlage: IV/2009/07949**

Ausführungen von **Herrn Bauersfeld** (CDU) zum Antrag:

Der Antrag wurde gestellt, da viel Geld der Stadt Halle zum Flughafen geflossen ist und Halle ja auch im Namen „Flughafen Leipzig-Halle“ vertreten ist. Jedoch ist die Stadt, aus Marketingsicht, nicht vertreten und eine Nutzung des Flughafens erfolgt auch nicht. Der Antrag wurde dahingehend gezielt vorsichtig formuliert, weil die Haushaltslage wenig finanzielle Mittel aufweist.

Daher wurde auch extra in den vorhergehenden Sitzungen betont, dass die Prüfung der Präsenz am Flughafen noch vor den Haushaltsberatungen erfolgen sollte.

Anmerkungen von **Herrn Häder**:

Der Antrag splittet sich ja in zwei Teile. Da der erste Teil bezüglich der dauerhaften Präsenz bereits in den vorigen Sitzungen besprochen wurde und eine Kalkulation von **Herrn Voß** vorgelegt wurde, stellt sich die Frage, ob dieser Teil des Antrages als erledigt erachtet werden kann.

Antwort von **Herrn Bauersfeld**:

Der Antrag ist in Bezug auf den ersten Teil erledigt. Jedoch fehlt nach wie vor ein Umsetzungsvorschlag für eine zeitweilige Präsenz.

Mitteilung von **Herrn Voß** (Stadtmarketing Halle GmbH):

Da bereits schon einmal im Vorfeld versucht wurde, eine dauerhafte Präsenz am Flughafen zu „stemmen“, jedoch die Resonanz darauf gering gewesen war, wurde die Vertretung der Stadt im Flughafen eingestellt.

Jedoch begrüßt **Herr Voß** den Vorschlag einer zeitweiligen Präsenz, wie bereits schon in vorhergehenden Sitzungen erwähnt. Immerhin müsse man mehr Werbung für Halle in der Region machen. Allerdings, und dies wurde bereits vorgelegt, ist eine dauerhafte Präsenz nicht möglich.

Mitteilung von **Frau Hintz** (SPD):

Die dauerhafte Präsenz am Flughafen wird nicht befürwortet, da hier die finanziellen Mittel, in der momentanen Haushaltslage der Stadt, nicht vorhanden sind. Außerdem müsste zusätzlich abgewogen werden, was die Präsenz an Einnahmen im Vergleich zu den Ausgaben einbringen würde.

Die von **Herrn Voß** im letzten Ausschuss genannte „Guerillataktik“ wird jedoch befürwortet.

Vorschlag von **Herrn Ploß** (sachkundiger Einwohner):

Da nun festgestellt wurde, dass eine dauerhafte Präsenz nicht machbar ist, könnten doch 1-Euro-Jobber in Kostümen am Flughafen „flanieren“, wenn Veranstaltungen in Halle stattfinden. Dies hätte dann auch den Charakter einer zeitweiligen Präsenz. Somit würden dann auch nicht nur Kosten für die Stadt Halle entstehen.

Anregung von **Herrn Voß**:

Die intensiven Personalkosten könnten auch evtl. gespart werden, indem man statt Personal laufende Bilder für die Werbung verwendet.

Anfrage von **Herrn Häder**:

Grundsätzlich kann ja eine zeitweilige Präsenz befürwortet werden, hierbei stellt sich jedoch die Frage, ob die finanziellen Mittel beim Stadtmarketing vorhanden sind oder ob hierfür ein Zuschuss der Stadt benötigt wird.

Antwort von **Herrn Voß**:

2 – 3 Veranstaltungen könnte das Stadtmarketing auch ohne Zuschuss der Stadt Halle übernehmen. Sollte sich die Präsenz jedoch über mehrere Monate erstrecken, wäre dies ohne Unterstützung nicht machbar.

Anfrage von **Herrn Häder** an **Herrn Bauersfeld**:

Könnte der Antrag als erledigt betrachtet werden, wenn **Herr Voß** eine zeitweilige Präsenz für

3 – 4 Veranstaltungen zusagen würde?

Antwort von **Herrn Voß**:

Die Übernahme für 3 – 4 Veranstaltungen wird angeboten.

Antwort von **Herrn Bauersfeld**:

Wenn die Übernahme der Präsenz durch das Stadtmarketing erfolgt, dann wäre kein Antrag nötig gewesen. Der gestellte Antrag zielt definitiv auf einen längeren Zeitraum, als den von 3 – 4 Veranstaltungen ab. Immerhin ist für die Umsetzung „Manpower“ und engagiertes Marketing notwendig.

Hinweis von **Herrn Voß**:

Um dies so zu bewerkstelligen, kommt man dann aber nicht an den hohen Personalkosten vorbei.

Antwort von **Herrn Bauersfeld**:

Dann muss eben ein Beschluss über einen Zuschuss der Stadt im Stadtrat beschlossen werden.

Hinweis von **Herrn Häder**:

Dann sollte der Antrag jedoch im Rahmen der Haushaltsberatungen gestellt werden.

Antwort von **Herrn Bauersfeld**:

Da beim jetzigen Haushaltsplanentwurf von Haushaltskonsolidierung nichts ersichtlich ist, komme es auf die Personalkosten für die Präsenz auch nicht an. Die Einsparungen von ca. 100.000 € in einigen Bereichen sind für eine Haushaltskonsolidierung wenig relevant und daher könne man auch versuchen im Rahmen der Werbung die Personalkosten für eine Präsenz zu bezuschussen.

Wortmeldung von **Frau Hintz**:

Wenn jede Einsparung von ca. 100.000 € als „Peanuts“ angesehen werden würde, dann könne man nie den Weg der Konsolidierung beschreiten.

Wortmeldung von **Herrn Sieber** (DIE LINKE.):

Dem Ausschuss ist das Thema sicherlich auch wichtig, aber momentan nicht so wichtig wie dem Antragsteller. Der Ansatz bzw. Vorschlag von **Herrn Voß**, 3 – 4 Veranstaltungen zu übernehmen ist doch o. k., zumal der Antrag im Stadtrat momentan wahrscheinlich eh nicht durchkommen würde.

Hinweis von **Frau Haupt** (SPD):

Man sollte überlegen, ob man den Antrag nicht im Rahmen des Haushalts stellt.

Beschlussvorschlag (modifiziert):

Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge für eine zeitweilige Präsenz während der Händel-Festspiele und ausgewählter Veranstaltungen der Leipziger Messe zu machen, um den Nutzen eines ständigen Büros zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
3 Stimmenthaltungen

- mehrheitlich zugestimmt -

Der erste Satz des Beschlussvorschlages „Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit eines dauerhaft besetzten Büros des Stadtmarketings am Flughafen Leipzig-Halle zu prüfen und eine Kalkulation der Kosten zu erstellen.“ wird vom Antragsteller als erledigt erklärt.

zu 6.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wiedereinführung des kostenfreien WLAN-Zugangs auf dem Marktplatz Vorlage: V/2009/08340

Ausführungen von **Herrn Menn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag:

Viele Bürger der Stadt Halle verfügen über Laptops und Notebooks und können so auch jederzeit unterwegs online gehen. Ziel des Antrages ist es, die Attraktivität und Lebensqualität in der Stadt Halle zu steigern. So hätten die Bürger der Stadt jederzeit die Möglichkeit einen kostenfreien WLAN-Zugang zu erhalten.

Ausführungen von **Herrn Dr. Furchert** (Leiter des Amtes für Kommunikation, Datenverarbeitung und Zentrale Dienste):

In Bezug auf den Antrag stimmt **Herr Dr. Furchert** den Ausführungen von **Herrn Menn** völlig zu, jedoch haben sich in der Zwischenzeit die rechtlichen Rahmenbedingungen geändert, welche es erforderlich machten, im Jahr 2008 vom Netz zu gehen. Der damals anonyme WLAN-Zugang entsprach nicht mehr den aktuellen Regelungen zur Vorratsdatenspeicherung.

Um heute einen kostenfreien WLAN-Zugang unter den aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen zu gewährleisten ist eine Nutzeradministration erforderlich. Um diese Administration durchzuführen wären jährlich ca. 60.000 € - 80.000 € erforderlich (dabei sind hier die Kosten für Personal die Kostentreiber).

Hinweis von **Herrn Menn**:

Aber ein WLAN-Zugang ist doch an fast jedem Laptop oder Notebook vorhanden.

Ausführungen von **Herrn Dr. Furchert**:

Die Stadt Halle muss sich bei der zur Verfügungstellung eines Zuganges an die rechtlichen Regelungen halten, denn die Verbindungsdaten könnten jederzeit in einem Ermittlungsverfahren abgefordert werden und dazu wäre die Nutzeradministration erforderlich.

Eine Option für die Zukunft wäre der elektronische Personalausweis. Mit der Verwendung dieses Ausweises wäre die Verwaltung von Daten nicht mehr nötig.

Frage von **Herrn Häder**:

Soll der Antrag unter diesen Umständen aufrecht erhalten bleiben?

Antwort von **Herrn Menn**:

Er hat keine Vorstellungen von den Ausführungen und stellte sich das einfacher vor. Die Frage ist ja auch, ob die Stadtwerke unbedingt Ansprechpartner bzw. Anbieter dieses Zugangs sein müssten oder ob dies auch durch andere, dritte Anbieter, möglich wäre.

Wortmeldung von **Herrn Hajek** (FDP):

Grundsätzlich kann dem Antrag gefolgt werden, allerdings ist hierbei die Kostenfrage zu beachten. Prinzipiell wäre die Wiedereinführung des kostenfreien Zugangs nicht schlecht. Aber auch er stellt die Frage, ob unbedingt die Stadtwerke als Anbieter fungieren müssen, falls nicht, sollte der Antrag aufrecht erhalten werden.

Antworten von **Herrn Dr. Furchert**:

Wenn man den Zugang an einen anderen Anbieter vergibt, müsste dies zunächst ausgeschrieben werden. Aber auch dann muss immer noch eine Nutzerverwaltung erfolgen und der Nutzerzugang muss individuell sein. Wenn man dies weiterhin über die Stadtwerke versuchen würde, wäre dies nicht einfach. Wenn der Zugang über einen anderen Anbieter erfolgen könnte, dann wäre hier das Problem, dass dann nur Kunden des Anbieters einen Zugang erhalten würden.

Herr Dr. Furchert schlägt vor, den Antrag solange zurückzustellen, bis die elektronische Identität eingeführt wurde.

Anfrage von **Herrn Menn**:

Wie lange wird die Einführung der elektronischen Identität noch auf sich warten lassen?

Antwort von **Dr. Furchert**:

Der elektronische Personalausweis soll im Oktober/November diesen Jahres eingeführt werden, allerdings kann man dann auch nicht sofort mit der Arbeit beginnen.

Hinweise von **Herrn Sieber**:

Die Variante der elektronischen Identität wird sicherlich noch Jahre dauern.
Warum stellt man nicht einfach einen Prüfauftrag an die Verwaltung? Dabei sollte die Verwaltung prüfen, ob es nicht doch einen anderen Anbieter gibt, der den Zugang für alle Nutzer zur Verfügung stellen würde und falls es den gibt, welche Kosten dabei entstehen (z. B. zum Preis von 15.000 € aber nicht für 70.000 €)

Anfrage von **Herrn Menn**:

Könnte die Verwaltung eine solche Prüfung durchführen?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Natürlich kann der Antrag in einen Prüfauftrag gewandelt werden. Dies ist lediglich die Sache des Antragstellers. Ein Beschluss über den jetzigen Antrag müsste dann eh im Rahmen der Haushaltsberatungen gestellt werden.

Mitteilung von **Herrn Häder**:

Wenn eine Prüfung möglich ist, dann sollte man den Antrag zurückstellen bzw. vertagen.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Eine Prüfung der WLAN-Bereitstellung durch dritte Anbieter wird zugesagt.

Anfrage von **Herrn Häder**:

Wie lange wird die Prüfung in etwa dauern?

Antwort von **Herrn Dr. Furchert**:

Von 2 – 3 Monaten sollte man schon ausgehen.

Mit dem Einverständnis von **Herrn Menn** wird der Antrag solange vertagt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle stellt spätestens zum 01.05.2010 ihren Bürgerinnen, Bürgern und Gästen wieder einen kostenfreien WLAN-Zugang auf dem Marktplatz zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird vertagt.

Er wird in 2 – 3 Monaten wieder auf die Tagesordnung gesetzt, wenn die Prüfung der Verwaltung, zur Bereitstellung eines kostenfreien WLAN-Zugangs durch andere Anbieter, abgeschlossen ist.

zu 6.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Breitbandversorgung Vorlage: V/2009/08341

Ausführungen von **Herrn Menn** zum Antrag:

Die Breitbandinternetversorgung ist für viele Unternehmen ein entscheidender wirtschaftlicher Faktor. Ein Wirtschaftsunternehmen wird sich nie in einem Stadtteil ansiedeln, in dem es nur eine langsame Internetverbindung gibt. Die ist dann bei Ansiedlungsfragen für die Stadt nachteilig.

Ausführungen von Dr. Furchert:

Ein Konzept, welches ein Investitionsvolumen von 40 – 50 Mio. Euro vorsieht, wurde bereits an die Landesregierung geleitet. In Bezug auf die Gelder aus dem „Topf“ und das Verfahren wurde dort aber nur der Kopf geschüttelt. Die Förderinstrumente des Landes beziehen sich lediglich auf ländliche- sowie durch agrargenutzte Gebiete oder auf Gewerbegebiete.

Die Stadt Halle selbst kann nicht als Anbieter von schnellen Breitbandverbindungen fungieren und die Stadtwerke Halle haben kein Interesse daran, als Anbieter auf den Markt zu treten. Somit ist das Potenzial der Stadt erschöpft.

Wortmeldung von Herrn Neumann:

Eine Versorgung mit schnelleren Breitbandverbindungen wird momentan in bestimmten Gebieten, wo die Versorgung schwierig ist, aber bereits Firmen ihren Sitz haben, vorangetrieben. Im Allgemeinen wird an dem Thema in der Stadt jedoch mit Nachdruck gearbeitet, man muss allerdings dazu sagen, dass die Stadt eben kein Anbieter sein kann. Jedoch werden auch Gespräche mit verschiedenen Anbietern geführt.

Die Stadtverwaltung ist also in dieser Richtung unterwegs, mehr kann jedoch momentan nicht getan werden.

Anfrage von Herrn Menn:

Eine Übersichtskarte über die Gebiete ist jedoch wichtig. Ist diese machbar?

Hinweis von Herrn Jaeger (Referent des Beigeordneten für Wirtschaft und Arbeit):

Für Gewerbetreibende bestehen momentan schon Lösungen. Dies ging aus einem Betriebsbesuch hervor, an dem auch ein Vertreter der Staatskanzlei sowie der Telekom teilnahm. Eine schnelle Breitbandversorgung, ist technisch, so laut Aussage des Vertreters der Telekom, möglich, jedoch müssten die Gewerbetreibenden dafür etwas mehr zahlen als gewöhnlich. Eine schnelle Verbindung für „19,95 €“ sei dann eben nicht möglich.

Anfrage von Herrn Dieringer (CDU):

Eine prinzipielle Frage ist doch, ob der Gewerbetreibende, wenn es einen Anbieter der Leistung gäbe, trotzdem zur Stadt gehen muss, um diese Leistung in Anspruch zu nehmen und ob Kosten für die Stadt entstehen.

Antwort von Herrn Neumann:

Im Detail kann dazu nichts gesagt werden. Jedoch verdient die Stadt nur dann Geld, wenn die Leitung durch ein städtisches Grundstück gelegt wird. Dabei trägt der Anbieter das Kostenrisiko selbst. Die Stadt dient einem Gewerbetreibenden dabei lediglich als Genehmigungsbehörde für z. B. die Baugenehmigung, aber nicht als Anbieter. Somit kostet es die Stadt als solches nichts.

Anfrage von Herrn Häder an Herrn Menn:

Kann der Antrag damit als erledigt erachtet werden?

Antwort von Herrn Menn:

Ja.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Ausbau der Verfügbarkeit kostengünstiger Breitbandinternetzugängen voranzutreiben.
2. Dazu wird in einem ersten Schritt eine Übersichtskarte verfügbarer Zugangstechniken und -geschwindigkeiten erstellt und auf der Homepage der Stadt veröffentlicht.
3. Für das 1. Quartal 2010 wird ein öffentlicher lokaler ‚Breitbandgipfel‘ aller Interessengruppen einberufen, um weitere Möglichkeiten zu erörtern.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag ist erledigt.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

- keine -

zu 8 Mitteilungen

Mitteilung von **Herrn Neumann** zum Artikel aus der Metropolregion Hamburg:
Den als Tischvorlage verteilten Artikel nimmt **Herrn Neumann** als Einstieg in das Thema „Metropolregion“. Anlass hierzu war ein für den Januar-Stadtrat gestellter Antrag. Dieser Artikel dient nur als Information, vertiefende Aussagen zum Thema werden in der Märzsession gegeben. Dabei weist er darauf hin, dass die Entscheidung für den erstmaligen gemeinsamen Auftritt auf der Expo Real Anfang Februar fallen wird.

Hinweis von **Herrn Sieber**:

Der Antrag für den Stadtrat ist aber mit diesem Artikel nicht abzuhandeln.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Nein, natürlich nicht. Der Artikel war nur der Anlass um einen Einstieg in die Thematik zu geben.

Anfrage von **Herrn Ploß**:

Für welchen Part, innerhalb dieser Metropolregion, hat sich denn nun Halle entschieden? Für den „großen“ Part des „Dreieckes“ oder für den „kleinen“ Part „Region Leipzig-Halle“?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Der größte Wirtschaftsraum in der Metropolregion wird immer Halle-Leipzig sein. Dadurch hat Halle ein „größeres Sprachrohr“ in der Metropolregion.

zu 8.1 Bericht des Beigeordneten Herrn Neumann zur Reise nach China

Der Bericht von **Herrn Neumann** konzentriert sich auf die wirtschaftlichen Anliegen während der Dienstreise. Zusätzlich wurde den Mitgliedern eine Präsentation zur Partnerstadt Jiaying ausgeteilt. Dabei betont **Herr Neumann**, dass die Stadt Halle bisher der einzige internationale Partner von Jiaying ist.

zu 8.2 Mitteilung zum Dynamikranking im Rahmen des Bundesländerrankings 2009, hier: Erstplatzierung Sachsen-Anhalts

Herr Neumann weist lediglich darauf hin, dass sich Sachsen-Anhalt auf Platz 1 des vorliegenden Rankings befindet. Dies ist auch für Halle eine positive Nachricht, da die Stadt mit daran beteiligt ist. Dies sollte in Bezug, auf die Auswertung von Rankings durch Prof. Dr. Sahner in der Septembersitzung des letzten Jahres, zeigen, dass sich Rankings auch positiv ändern können.

zu 8.3 Informationen zum Ergebnis der IWH-Studie "Von der Bezirks- zur Landeshauptstadt: Zum Einfluss der Zuordnung staatlicher Funktionen auf das ostdeutsche Städtesystem", hier: im Zusammenhang mit dem MZ-Artikel "Halle kann mit Magdeburg Schritt halten"

Herr Neumann fragt den Ausschuss, ob eine nähere Auswertung der IWH-Studie gewünscht ist.

Der Ausschuss teilt mit, dass die Vorlage der Studie als Information ausreichen würde. Die IWH-Studie wird der Niederschrift beigelegt.

Anmerkung von **Herrn Ploß** zum Artikel:

Als Faktor wird immer die Universität benannt, daher richtet er seinen Appell vor allem auch an die Oberbürgermeisterin: Es soll darauf geachtet werden, dass keine Lehrfächer der Universität an die Universität von Magdeburg abwandern, damit die Studierendenzahlen in Halle stabil bleiben.

Anmerkung von **Herrn Häder**:

Das Land Sachsen-Anhalt ist sowieso gehalten, die Studierendenzahlen an der Martin-Luther-Universität zu halten.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfrage von **Herrn Sieber**:

Waren die Pakete mit den Werbematerialauszügen, die in der Sitzung am 27.10.2009 verteilt wurden von der neuen Agentur, die beschlossen wurde?

Antwort von **Dr. Franke** (Leiter Wirtschaftsförderung):

Der größte Teil der damals verteilten Materialien war noch von der Agentur Ö-Konzept. Momentan werden jedoch Neuauflagen der Materialien erarbeitet. Dabei erfolgt auch die Straffung der Publikationen.

Im Übrigen liegt der Schwerpunkt der Arbeit der Agentur Kappa auf den elektronischen Medien, wo ein Defizit der bisherigen Marketingaktivitäten ausgemacht wurde.

zu 10 Anregungen

Anregung von **Frau Hintz**:

Da der Ausschuss im vergangenen Jahr immer mal in den Unternehmen getagt hat, sollte man dies auch im Jahr 2010 fortführen. Jedoch sollte dem Unternehmen dann künftig eine Zeitvorgabe für die Vorstellung des Unternehmens gesetzt werden.

Antwort von **Herrn Häder**:

Auch 2010 wird der Ausschuss wieder in den Unternehmen tagen. Die Unternehmen erhielten auch schon in der Vergangenheit Zeitvorgaben für ihre Präsentation, jedoch wird diese ab und an überschritten, da die Firmen froh sind, wenn sie sich vorstellen dürfen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 29.01.10

Denis Häder
Ausschussvorsitzender

Eileen Panier
Protokollführerin